

***Ansätze der Gewaltprävention
in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit***

**Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ)**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention
Ausgewählte Beiträge des 20. Deutschen Präventionstages
8. und 9. Juni 2015 in Frankfurt am Main
Forum Verlag Godesberg GmbH 2015, Seite 207-230

978-3-942865-53-1 (Printausgabe)

978-3-942865-54-8 (eBook)

Christine Brendel, Alejandro Christ, Christiane Erkens, Rubeena Esmail-Arndt, Tanja Kasten, Timm Kroeger, Philipp Kuehl, Christine Müller, Jens Narten, Marion Popp, Gerhard Schmalbruch, Tina Silbernagl, Sabine Wenz, Abdoulaye Zono

Ansätze der Gewaltprävention in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Erfahrungen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

An dem Deutschen Präventionstag in Frankfurt am Main 2015 nahm die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit mit Vertretern von sieben Vorhaben aus Lateinamerika, Afrika und Asien teil und präsentierte ihre diversen Erfahrungen in der Prävention von Gewalt im urbanen und kommunalen Raum, unter Jugendlichen und gegen Frauen, sowie von der lokalen über die nationale bis hin zur grenzüberschreitenden Ebene. Der folgende Artikel stellt neben den generellen Herausforderungen und Ansätzen konkrete Beispiele aus der internationalen Zusammenarbeit vor.

Herausforderungen im Kontext der globalen Gewaltprävention

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte versichert allen Menschen einen Anspruch auf ein Leben ohne Gewalt. Über die Hälfte der Kooperationsländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind jedoch in ihrem Staatsgebiet oder in Teilregionen von Gewalt betroffen. Gewalt ist u.a. eine Folge der rapiden Urbanisierung. Megastädte in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch Großstädte in den Industrieländern sind deswegen besonders betroffen. Jugendgewalt und organisierte Kriminalität stellen die internationale Zusammenarbeit vor neue Herausforderungen.

Das Gewaltniveau zerstört nicht nur die Grundlagen des Zusammenlebens und das Vertrauen, sie verursacht auch physische, psychische, soziale und materielle Schäden sowie Kosten. Gewalt, Konflikte und Fragilität reduzieren maßgeblich die Entwicklungschancen eines Landes. Der Abbau von Gewalt ist daher unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige, inklusive Entwicklung einer Gesellschaft.

Dabei ist Gewalt ein äußerst komplexes Phänomen. Die GIZ orientiert sich weitgehend an der Gewaltdefinition der Weltgesundheitsorganisation (WHO): *„Der absichtliche Gebrauch von angedrohtem oder tatsächlichem körperlichem Zwang oder physischer Macht gegen die eigene oder eine andere Person, gegen eine Gruppe oder Gemeinschaft, der entweder konkret oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen, Tod, psychischen Schäden, Fehlentwicklung oder Deprivation führt. Die Definition umfasst zwischenmenschliche Gewalt ebenso wie suizidales Verhalten und bewaffnete Auseinandersetzungen.“* Aspekte struktureller Gewalt oder legitimer staatlicher Gewalt werden in dieser Definition zwar nicht systematisch berücksichtigt, durchaus aber in den Maßnahmen zur Gewaltprävention.

Ansätze in der internationalen und deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die internationale Zusammenarbeit misst der Förderung interdisziplinärer Ansätze der Gewaltprävention eine hohe Bedeutung bei: Das „*Social Cohesion and Violence Prevention Cluster*“ der Weltbank sieht Bürgersicherheit, die Stärkung der Resilienz von Kommunen und die Zusammenarbeit mit dem Justizsektor als wesentliche Beiträge zur Prävention und Reduzierung von Fragilität. Die WHO unterstützt langfristig im Rahmen der „*Global Campaign for Violence Prevention*“ (Aktionsplan 2012-2020) Austausch, Weiterentwicklung und Evaluierung von Strategien, Konzepten und Ansätzen umfassender Gewaltprävention. Das *Safer Cities Programme* von UN-Habitat unterstützte seit 1996 multisektorale Initiativen für Gewaltprävention in 77 Städten und 24 Ländern weltweit. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2013 erarbeitete Strategiepapier „Entwicklung für Frieden und Sicherheit“ verdeutlicht die Vielschichtigkeit der Wechselwirkungen von Fragilität, Gewalt und Konflikt.

Entwicklungszusammenarbeit setzt sowohl an den strukturellen Ursachen von Gewaltphänomenen als auch an sicherheits-, sozial- und ordnungspolitischen Aspekten an, um Risikofaktoren von Gewalt zu bearbeiten, Schutzfaktoren zu stärken und damit präventiv und gewaltmindernd zu wirken.

Rolle der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Als Bundesunternehmen unterstützt die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) die Bundesregierung (insbesondere das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aber auch andere Auftraggeber) dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen – in mehr als 130 Ländern weltweit.

Die GIZ ist in vielen Arbeitsfeldern aktiv – die Bandbreite reicht von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, der Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung über Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz bis hin zu Aufbau von Staat und Demokratie und eben auch dem breiten Themenfeld: Förderung von Frieden und Sicherheit sowie Wiederaufbau und zivile Konfliktbearbeitung.

Die GIZ engagiert sich überwiegend in den Bereichen der Primär- und Sekundärprävention und kombiniert Maßnahmen der situativen, sozialen und institutionellen Gewaltprävention. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Vermittlung von Fähigkeiten, Konflikte auf allen Ebenen gewaltfrei austragen zu können und für eine Kultur des Dialogs, die traditionelle Formen aufgreift, einzustehen. Dies setzt die übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche voraus, um die Erbringung sozialer Basisleistungen, die umfassende Beteiligung von Bürgern an lokalen Entwicklungsprozessen und die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten angemessen beraten und unterstützen zu können. Wirksame Maßnahmen gegen Gewalt müssen

auf mehreren Ebenen und interdisziplinär ansetzen. Die Strategien ergeben sich aus einer genauen Analyse der Ursachen von Gewalt in einem spezifischen Kontext.

Die GIZ berät Partnerregierungen bei der Entwicklung von Strategien der Gewaltprävention. Dabei gelten die Prinzipien von Allparteilichkeit, *Do No Harm*, Inklusion sowie der menschenrechtsbasierte Ansatz als wesentliche Grundlagen unserer Arbeit. Sektorübergreifend bietet die GIZ eine Vielfalt von Leistungen an, die untereinander ergänzt und miteinander kombiniert werden können:

Maßnahmen der situativen Gewaltprävention:

- Beratung bei der Entwicklung inklusiver Stadtentwicklungskonzepte zur Gewaltprävention
- Beratung bei der Rehabilitierung lokaler sozialer Brennpunkte

Maßnahmen der sozialen Gewaltprävention:

- Aufbau von Systemen und Netzwerken zu Kinderschutz und Frühe Hilfen für besonders benachteiligte und gefährdete Eltern und Kinder
- Frühkindliche Förderung und Betreuung
- Beratung von Akteuren im Bildungssektor bei der Verankerung von Maßnahmen der Gewaltprävention in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen als gesellschaftlicher Auftrag (zum Beispiel Entwicklung von Curricula, Lehrerbildung)
- Beratung zu systemischen Maßnahmen der Jugendgewaltprävention (zum Beispiel Ausbildung von Sozialarbeitern, Non-formale Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche)

Maßnahmen der institutionellen Gewaltprävention :

- Beratung wissenschaftlicher Institutionen beim Aufbau von Forschungskapazitäten im Bereich der Gewaltforschung
- Beratung von Partnerregierungen bei der Entwicklung von nationalen Strategien im Bereich der Gewaltprävention (urban, rural)
- Vermittlung von Methodenkenntnissen zur Analyse von Risikofaktoren für staatliche und nicht-staatliche Institutionen
- Beratung zur institutionellen Verankerung von Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung (Präventionsräte, außergerichtliche Konflikt-schlichtung)
- Prozessberatung beim Aufbau der interministeriellen Zusammenarbeit
- Beratung zur Etablierung von Schutzmechanismen für Frauen (Schutz- und Versorgungsleistungen)

- Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung von Standards für das Agieren von Sicherheitskräften im Rahmen ihrer schutz- und ordnungspolitischen Aufgaben
- Unterstützung bei Polizeireformen (zum Beispiel Beratung bei der Entwicklung deeskalierender Strategien für Kundgebungen, Stärkung kriminalpolizeilicher Kapazitäten, Schulungen zur Einhaltung von Menschenrechtsstandards bei Verhaftungen und Verhören)
- Beratung von Justizreformen zur Verringerung des Risikos eines Rückfalls von Gewalttäter/innen
- Beratung von Maßnahmen zur Kleinwaffenkontrolle (zum Beispiel Beratung bei der Registrierung, sicheren Lagerung und kontrollierten Vernichtung von Kleinwaffen)

Das Portfolio der GIZ im Bereich Gewaltprävention ist breit und umfasst vor allem in Lateinamerika Programme der Jugendgewaltprävention und Bürgersicherheit, in diversen Ländern Lateinamerikas und Asiens Maßnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen bis hin zu Programmen mit Fokus auf das Thema „Sichere Stadt“, wie beispielsweise in Südafrika.

Nachfolgend werden einige Ansätze und Erfahrungen der GIZ dargestellt, wie dies auch im Rahmen von drei Themenboxen und zwei Vorträgen auf dem Deutschen Präventionstag 2015 geschehen war:

Themenbox I: „Gewaltprävention global – Kernansätze und Prinzipien zur Gewaltprävention und städtischen Sicherheit in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“

Die Ursachen von Gewalt sind vielschichtig und komplex. Um Prävention wirksam zu gestalten, bedarf es deshalb „integrierter Ansätze“, die darauf abzielen, die Beiträge von Akteuren verschiedener Sektoren und unterschiedlicher Ebenen besser miteinander zu verknüpfen. Gewaltprävention als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern und nicht nur der Polizei und dem Justizwesen zu überlassen, ist gerade angesichts des massiven Gewaltpotenzials in Regionen wie Afrika, Asien und Lateinamerika eine enorm herausfordernde Aufgabe. Wie kann es also gelingen, verschiedene Akteure zusammenzubringen, um nachhaltige Lösungen zu entwerfen? Im Folgenden werden dazu ausgewählte Projekterfahrungen exemplarisch vorgestellt.

Gewaltprävention in Südafrika

Das Thema „sichere Gemeinden“ spielt in den Entwicklungsbestrebungen Südafrikas zunehmend eine Rolle. Auf nationaler Ebene gibt es zahlreiche, zum Teil progressive und weitsichtige Politiken, die sich mit dem weit verbreiteten Gewalt- und Kriminalitätsphänomen auseinandersetzen. Aber die Umsetzung dieser Politiken ist eine Herausforderung, vor allem für die Kommunen. So gilt Südafrika immer noch als eines der Länder mit hoher Kriminalitätsbelastung.

Durch die jahrzehntelange Vernachlässigung und Unterversorgung eines Großteils der Gesellschaft und die anhaltenden sozialen Herausforderungen, wie zum Beispiel die Chancenlosigkeit junger Menschen, die zerrütteten Familienstrukturen und eine segregierte Siedlungspolitik, dominiert Gewalt weiterhin den Alltag vieler Menschen in Südafrika. Die kürzlich veröffentlichte Kriminalitätsstatistik zählte 17.805 Morde im Land von April 2014 bis März 2015. Rund 50% der Todesfälle unter Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren werden durch Gewalt verursacht. Aber nicht nur die anhaltend hohe Mordrate ist erschreckend. Viel gravierender ist, dass ein Großteil der Gewalt, das heißt vier von fünf Fällen, zwischen Menschen passiert, die sich kennen. Gewalt geschieht häufig in sozialen Kontexten. Sie zeigt sich in Familien, zwischen Partnern und im Freundes- und Bekanntenkreis. Sexuelle und häusliche Gewalt gehören zum Alltag vieler Beziehungen. Besonders davon betroffen sind Frauen, Kinder und Jugendliche. All das deutet auf tief verwurzelte soziale Probleme hin, die nur mit langfristigen und ganzheitlichen Ansätzen gelöst werden können.

Vor diesem Hintergrund implementiert die GIZ im Auftrag des BMZ seit Anfang 2012 ein Projekt zur inklusiven Gewaltprävention in Südafrika (Inclusive Violence and Crime Prevention, VCP). Der Fokus des Projekts liegt dabei auf der Prävention von Gewalt. Denn trotz guter nationaler Strategien, die integriertes Handeln und mehr Präventionsarbeit fordern, wurde in Südafrika in der Vergangenheit auf das Gewaltproblem hauptsächlich mit Repression reagiert. Doch weder die Stärkung von Polizeistrukturen noch härtere Strafen oder der Ausbau des privaten Sicherheitssektors haben die reale Sicherheitslage eines Großteils der Bevölkerung erhöht. Im Gegenteil, es wurde deutlich, dass das Gewaltproblem an seinen Wurzeln angegangen werden muss.

Da die Ursachen von Gewalt vielschichtig und komplex sind, arbeitet die GIZ in Südafrika mit einem so genannten „systemischen Ansatz“, der darauf abzielt, die Beiträge von Akteuren verschiedener Sektoren und unterschiedlicher Ebenen besser miteinander zu verknüpfen. Vor diesem Hintergrund ist es ein zentrales Thema des Vorhabens, Gewaltprävention als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern und nicht nur der Polizei und dem Justizwesen zu überlassen. Besonderer Fokus liegt dabei auf den Kommunen, denen eine Schlüsselrolle bei der Schaffung sicherer Gemeinden zukommt. Die Auswirkungen von Gewalt sind besonders auf lokaler Ebene unmittelbar spürbar und kommunal unterschiedliche Herausforderungen erfordern differenzierte Präventionsansätze. Jedoch fehlen vor allem Kommunen die nötigen Kapazitäten, um ihr anspruchsvolles Mandat in der Schaffung sicherer Gemeinden adäquat umzusetzen. Ziel des Vorhabens ist es daher, gemeinsam mit nationalen und Provinzakteuren, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Dies geschieht zum Beispiel durch die Klärung von Rollen, Funktionen und Ressourcenzuteilung innerhalb des Regierungssystems, um die Umsetzung nationaler Politiken auf kommunaler Ebene zu ermöglichen. Zudem wird die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-

staatlichen Akteuren, sowie zwischen Metropolregionen und Regierungsebenen unter anderem durch multisektorale Austauschplattformen, Netzwerkbildung und gemeinsame Lern- und Weiterbildungsangebote gefördert. Darüber hinaus wird das Engagement von Jugendlichen in der nachbarschaftlichen Präventionsarbeit gestärkt.

Die ersten Erfolge zeigen durchaus, dass Südafrika bereit ist, neue Wege zu gehen. Gemeinsam mit Partnern wurden vom Projekt neue Netzwerke, wie eine Koordinationsplattform der Metropolregionen zum Thema städtische Sicherheit oder das Online-Portal SaferSpaces (www.saferspaces.org.za) entwickelt, die die Handlungsfähigkeit relevanter Akteure auf effektive Weise fördern. Zudem wurde durch das Projekt die Verankerung von Gewaltprävention in relevante Regierungsprogramme, beispielsweise in das breitenwirksame Arbeitsbeschaffungsprogramm Community Work Programme oder die integrierte Entwicklungsplanung (IDPs) von Kommunen, unterstützt. In diesem Zusammenhang wurden Kommunen auch darin unterstützt, das Thema Sicherheit stärker in ihren lokalen Planungsprozessen zu integrieren und anschließend konkrete Maßnahmen gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft umzusetzen. Praktische Aktivitäten sind hierbei unter anderem partizipative „Safety Audits“ oder die Nutzung von Geoinformationssystemen (GIS), um sicherheitsrelevante Informationen auf Gemeindeebene zu sammeln und diese in Verbindung mit Bürgerdialogen zu thematisieren. Im Rahmen der Politikberatung wurde weiterhin das Thema Gewaltprävention in die neue nationale Stadtentwicklungspolitik integriert und dessen exemplarische Umsetzung gemeinsam mit Partnern pilotiert. Außerdem wurden verstärkt junge Menschen befähigt, sich für Gewaltprävention in ihren Nachbarschaften einzusetzen. Dabei wurden unter anderem Jugendliche trainiert, ihre Peers in Schulen und der Nachbarschaft zu sensibilisieren, diese für niedrigschwellige Präventionsprojekte zu aktivieren und sich gleichzeitig mit kommunalen Handlungsträgern zu ihren Sicherheitsbedürfnissen auszutauschen. Durch die Nutzung neuer Medien wurden dabei bei Veranstaltungen nicht nur die kommunale und Provinzverwaltung, sondern bis zu 2 Millionen Menschen erreicht.

Gewaltprävention in Zentralamerika

Zentralamerika und besonders die Länder des sogenannten nördlichen Dreiecks, El Salvador, Guatemala und Honduras, ist eine der am stärksten von Gewalt geprägten Regionen der Welt. Dabei nimmt die Gewalt unterschiedliche Formen an und betrifft insbesondere Jugendliche, etwa im häuslichen und schulischen Umfeld, in der Nachbarschaft und der Gemeinde. Die Gewaltursachen sind vielfältig und reichen von schwachen Familien- und Gemeinwesenstrukturen bis zum Einfluss des internationalen Drogenhandels. Folge der extremen Gewalt ist die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung und das Entstehen marginalisierter Stadtteile ohne elementare soziale Dienstleistungen.

Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen verschiedener Sektoren (zum Beispiel Sicherheit, Jugend, Bildung und Beschäftigung), Staat und Zivilgesellschaft sowie der nationalen und lokalen Ebene ist noch ungenügend. Dies erschwert die Bekämpfung der Gewalt. Zwischen den zentralamerikanischen Staaten findet wenig Erfahrungsaustausch statt und erprobte Praktiken werden kaum für die spätere Nutzung dokumentiert.

PREVENIR hat zum Ziel, regionale, nationale und lokale Akteure darin zu stärken, ihre Präventionskapazitäten auszubauen und Instrumente anzuwenden, die die fachübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Jugendgewaltprävention verbessern und damit einen Beitrag zum Rückgang der Jugendgewalt leisten.

PREVENIR fördert die Zusammenarbeit unterschiedlicher Sektoren sowie von staatlichen Instanzen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, damit diese gemeinsame Präventionsansätze entwickeln und sie wirkungsvoll umsetzen. So berät das Vorhaben das Zusammenwirken zwischen nationaler, departamentaler und lokaler Ebene (Mehrebenenansatz) mit dem Ziel, die dezentrale Umsetzung von Präventionsstrategien auf lokaler Ebene sowie das Zurückspiegeln von lokalen Erfahrungen auf die nationale Ebene zu unterstützen.

Dabei setzt PREVENIR einen systemischen Ansatz der Jugendgewaltprävention um und arbeitet in erster Linie mit Mittlern und zentralen Bezugspersonen, die das Leben von jungen Menschen beeinflussen. Aus diesem Grund bezieht das Vorhaben beispielsweise auch Lehrpersonal und Eltern mit ein.

Des Weiteren konzentriert sich PREVENIR auf Präventionsmethoden, die sich nachweisbar als erfolgreich erwiesen haben (evidenzbasierte Ansätze).

PREVENIR verfügt über drei Komponenten:

- Municipale Präventionsstrategien mit Jugendbeteiligung
- Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von sozial benachteiligten Jugendlichen
- Gewaltprävention in der schulischen und außerschulischen Bildung

Politischer Träger des Vorhabens ist das Generalsekretariat des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA), wobei PREVENIR die Umsetzung der Zentralamerikanischen Sicherheitsstrategie unterstützt. PREVENIR führt einerseits regionale Aktivitäten durch, die alle acht SICA-Mitgliedsstaaten einbeziehen. Andererseits arbeitet das Vorhaben auf Länderebene – in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua – mit den jeweiligen Ministerien für Sicherheit, Bildung und Arbeit, Polizei und Jugendinstituten zusammen. Auf lokaler Ebene wird PREVENIR in Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltungen, Schulen, Jugendnetzwerken und -organisationen sowie Gemeindeverbänden umgesetzt.

Des Weiteren kooperiert PREVENIR mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die in der Gewaltprävention tätig sind, und Unternehmen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Kooperation mit Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen, die als Schlüsselakteure betrachtet werden, um die Fort- und Ausbildungsmaßnahmen, die vom Vorhaben angestoßen werden, nachhaltig in den Partnerländern zu verankern.

Ein pädagogisches Angebot für Gewaltprävention an Schulen (Miles de Manos) wurde entwickelt und an Pilotschulen erfolgreich getestet (Details siehe weiter unten in Abschnitt Themenbox III). In diesen Schulen reduzierte sich die sichtbare physische Gewalt zwischen Jugendlichen in sechs Monaten um 20%. Die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern hat sich verbessert, und Lern- und Verhaltensprobleme werden partnerschaftlich gelöst. 2014 wurde Miles de Manos von den Bildungsministerien Guatemalas, Honduras, Nicaraguas und El Salvadors in weiteren 160 Schulen und Schulnetzwerken eingeführt.

In ausgewählten Gemeinden wurden mit Unterstützung von PREVENIR Jugendbeschäftigungspläne ausgearbeitet. Das Vorhaben konnte bewirken, dass unter Beteiligung aller relevanten lokalen Akteure 29 solcher Pläne erstellt wurden. Diese bilden die strategische Grundlage für die Mittelvergabe an die Gemeinden und die Auswahl der Ausbildungsangebote. So konnten Kurse für Jugendliche an die Marktbedürfnisse angepasst und bereits 5.200 Jugendliche fortgebildet werden. Ein modulares Fortbildungsangebot für Personal von Mittlerinstitutionen wurde gemeinsam mit Partnerinstitutionen entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Es zielt darauf ab, lokale Akteure zu befähigen, gemeinsam intersektorale Präventionspläne zu erstellen und umzusetzen. In El Salvador, Honduras und Guatemala wurden 12 Mittelerteams fortgebildet (251 Personen), zwei weitere Gruppen (59 Personen) werden derzeit in Nicaragua fortgebildet. In El Salvador und Honduras hat die Fortbildung bewirkt, dass die Multiplikatoren in 31 Gemeinden Präventionsräte aufgebaut haben und diese dabei unterstützen, ihre Präventionspläne erfolgreich umzusetzen.

Themenbox II: „Kosten von Gewalt gegen Frauen, erfolgreiche Erfahrungen für deren Prävention - auch in Deutschland“

Partnergewalt an Frauen verursacht allein für peruanische Unternehmen den immensen Verlust von 70 Millionen Arbeitstagen und 6,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr (3,7% des peruanischen Bruttoinlandsproduktes). In der BRD spricht eine Studie von 36 Milliarden Euro. Dies zeigt, dass es sich nicht nur um ein schwerwiegendes Problem der öffentlichen Gesundheit und eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, sondern um ein ernsthaftes und ein weitgehend vernachlässigtes Hindernis für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes handelt, dessen Prävention sich in jeder Hinsicht auszahlt. In unserem Beispiel aus Peru, Ecuador, Bolivien und Paraguay lassen sich Verluste für Unternehmen aufgrund von Partnergewalt genau beziffern.

Nach der UN „Declaration on the Elimination of Violence Against Women“ ist Gewalt gegen Frauen *„jede gegen Frauen auf Grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit gerichtete Gewalthandlung, durch die Frauen körperlicher, sexueller oder psychologischer Schaden oder Leid zugefügt wird oder zugefügt werden kann, einschließlich der Androhung derartiger Handlungen, der Nötigung und der willkürlichen Freiheitsberaubung, gleichviel ob im öffentlichen oder im privaten Bereich.“*

Die weltweite Präsenz des Themas und dessen Aktualität machen es zu einer wichtigen und ernst zu nehmenden Angelegenheit, die darüber hinaus sowohl Kosten für den staatlichen sowie auch privatwirtschaftlichen Sektor hervorruft. Diese Kosten entstehen jedoch nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Deutschland. Mit Hilfe groß angelegter Studien in diversen Ländern war es das Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, umgesetzt von der GIZ, mittels ihres Regionalprogramms zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Bolivien, Ecuador, Paraguay und Peru (*ComVoMujer*), einen wissenschaftlichen Nachweis über das Ausmaß der von Partnergewalt betroffenen Frauen zu erbringen und die sich daraus ergebenden Folgekosten zu kalkulieren. Die Ergebnisse zeigten, dass auch für die Unternehmen sehr hohe Kosten entstehen, die sich, auf die nationale Ebene hochgerechnet, zwischen 3,1% und 6,4% des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes bewegen. Als Reaktion auf diese Erkenntnisse haben bereits über 100 Unternehmen mit Unterstützung von ComVoMujer/GIZ diverse Maßnahmen in Angriff genommen, um der Gewalt an Frauen vorzubeugen.

Die Kosten jeglicher Art von Gewalt für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stellen einen Anteil des weltweiten BIP von 11,16%. Dabei entstehen 47% der Kosten aus Gewalt an Frauen in Paarbeziehungen, 38% durch Kindesmissbrauch, 13% durch zwischenmenschliche Gewaltdelikte und 2% aufgrund kollektiver Gewalt (Kriege und Terrorismus). Die Kosten von Gewalt gegen Frauen liegen jährlich je nach Land zwischen 1 und 25 Milliarden USD. Für diese enormen Kosten müssen verschiedene Sektoren aufkommen. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur eine Menschenrechtsverletzung und hat individuelle Folgen (wie beeinträchtigte Lebensqualität der Frauen, Verarmung, erhöhte Wahrscheinlichkeit für Krankheiten oder frühen Tod), sondern verursacht auch erhöhte staatliche Ausgaben für den Justiz-, Gesundheits- und Erziehungssektor sowie Kosten für den Wirtschaftssektor (verhindertes wirtschaftliches Wachstum und geringere Produktivität).

Eine Schätzung der International Labor Organisation (ILO) besagt, dass die Arbeitsausfälle, die aufgrund von Gewalt und Stress entstehen, etwa 1% bis 3,5% des Bruttoinlandsproduktes entsprechen und liegt damit, wie wir sehen werden, an der unteren Grenze der Realität. Eine australische Studie brachte den Nachweis, dass durchschnittlich 39% der durch Gewaltakte verursachten Kosten von den Unternehmen getragen werden, während auf den Straftäter nur 15% entfallen. Nicht zu vergessen sind gewalttätige Angestellte, die ein internes Sicherheitsproblem darstellen und deren Anstellung dem Ruf des Unternehmens schadet.

Um bei den Unternehmen ein Bewusstsein zu schaffen, wie wichtig es ist, Maßnahmen zur Prävention von Gewalt an Frauen im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility (CSR) umzusetzen, hat sich ComVoMujer in Zusammenarbeit mit der Universität San Martín de Porres (USMP) entschlossen, eine landesweite, repräsentative Studie in Peru zum Thema durchzuführen.

Diese wurde von der Fakultät für Verwaltungswissenschaften und Personalwesen der USMP durchgeführt. Es wurde ein deskriptives Forschungsdesign mit strukturierten Interviews gewählt, um in mittelständischen und großen Unternehmen die Prävalenz von Partnergewalt gegen Frauen und deren Einfluss auf die Leistung der Arbeiter/innen und die Produktivität der Unternehmen zu erfassen.

Die Ergebnisse führten nicht nur dazu, dass in Peru vermehrt CSR-Maßnahmen im Bereich der Gewalt gegen Frauen durchgeführt wurden, sondern ebenso zu einem starken Interesse in den anderen Partnerländern des Programms, d.h. die nationalen Studien konnten ebenfalls in Bolivien und Paraguay durchgeführt werden. In Peru wurden in 211 Unternehmen der Sektoren Dienstleistung und Handel, Produktion und Transport /Infrastruktur, in den 5 wirtschaftlich stärksten Städten (Lima, Cuzco, Iquitos, Puno und Juliaca) Interviews mit 1.309 weiblichen und 1.881 männlichen Angestellten durchgeführt. Ebenso wurden Daten aus nationalen Umfragen berücksichtigt. Es errechneten sich Verluste von fast 7 Milliarden USD für die Unternehmen, was 3,9% des nationalen BIP entspricht¹. In Bolivien wurden in 31 mittleren bis großen Privatunternehmen aus den Sektoren Finanz-, Versicherungs-, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie Handel und Produktion insgesamt 7.343 Mitarbeiter/innen (2.705 Frauen und 4.638 Männer) befragt. Es ergaben sich Kosten von fast 2 Milliarden USD für bolivianische Unternehmen, was 6,5% des BIP entspricht².

In Paraguay wurden in 25 Unternehmen aus den Sektoren Dienstleistungen, Handel und Industrie 3.491 Frauen und 3.966 Männer befragt. Verluste paraguayischer Unternehmen beliefen sich auf 891 Millionen USD, was 3,9% des nationalen BIP entspricht³.

Diese Studien waren die ersten ihrer Art, nicht nur in der Region. Sie basieren auf Primärdaten und Interviews wurden nicht nur mit Frauen, sondern auch mit ihren männlichen Kollegen durchgeführt. Auf diese Weise konnten bisher nur wenig un-

¹ Unter folgendem Link kann die komplette Studie heruntergeladen werden: <http://star-www.giz.de/fetch/9X00rbogg001PQPW09/giz2014-0387de-costos-violencia-mujeres-empresas-peru.pdf> bzw. eine Zusammenfassung dieser: <http://www.giz.de/de/downloads/giz-2013-de-gewalt-u-finanziellen-folgen-peru.pdf>

² Eine englische Zusammenfassung der Studie finden Sie unter folgendem Link: [http://info.comvomujer.org.pe/catalogocomvo/productos/catalogos2015/56_ComVoMujer_Executive_Summary_Violence_against_women_and_its_financial_consequences_for_businesses_in_Bolivia_BO_2015_\(2\).pdf](http://info.comvomujer.org.pe/catalogocomvo/productos/catalogos2015/56_ComVoMujer_Executive_Summary_Violence_against_women_and_its_financial_consequences_for_businesses_in_Bolivia_BO_2015_(2).pdf)

³ Aktuell befindet sich die Studie in Erarbeitung der Endversion.

tersuchte Aspekte wie Präsentismus, Arbeitsunfälle und auch die Sicht der Männer beleuchtet werden.

In Deutschland werden die Kosten von Gewalt gegen Frauen übrigens sogar auf insgesamt 36 Milliarden Euro geschätzt.

Dabei ist wichtig zu betonen, dass diese Studien "lediglich" Partnergewalt betrachten und keine anderen Formen von Gewalt gegen Frauen. Würden sämtliche Formen von Gewalt in Betracht gezogen, wären die Kosten noch höher. Die Konsequenzen von Gewalt sind unter anderem körperliche und emotionale Schäden. Dies führt sehr häufig dazu, dass Frauen krank und arbeitsunfähig werden, was unter anderem zu Zuspätkommen, Absentismus, Präsentismus oder Personalwechsel führen kann. Aber dies gilt nicht nur für die betroffenen Frauen, sondern auch bei Tätern und Zeug/innen kommt es zu entsprechenden Ausfällen. Letztendlich schlagen diese Ereignisse sich negativ in der Produktivität des Unternehmens nieder.

Die Studienergebnisse haben zu Reaktionen und Maßnahmen zur Vorbeugung von Gewalt an Frauen in verschiedenen Sektoren geführt: Die Kostenstudie wurde nach Peru zunächst auch in Bolivien und anschließend in Paraguay, unter Beteiligung des Frauenministeriums, durchgeführt. Im staatlichen Sektor führte das peruanische Frauenministerium das Zertifikat „Sicheres Unternehmen frei von Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen“ ein. Außerdem wurde eine nationale Studie zum Thema Gewalt bei Besitzer/innen von Klein- und Kleinstunternehmen beauftragt. Im akademischen Sektor entstand ein vollkommen neuer Forschungsbereich. Es erfolgte ein methodischer Transfer von Peru auf Bolivien und Paraguay und das Interesse an den Ergebnissen ist weltweit gewachsen. So wurde die Studie auf der 23. Konferenz der „International Association for Feminist Economics“ in Ghana und bei der 48. jährlichen Versammlung von CLADEA (lateinamerikanischer Rat für Business Schools) in Brasilien vorgestellt. Die Nationale Universität Irlands hat ebenfalls Interesse angekündigt, Teile der Methodik zu übernehmen, um ähnliche Umfragen in den Ländern Afrikas und Asiens durchzuführen.

Evidenz und Zahlen haben den privaten Sektor überzeugt: Innerhalb von 5 Jahren fand eine direkte Kooperation mit mehr als 100 Unternehmen, auf indirektem Wege sogar mit über 400 Unternehmen statt.

Vortrag: „Aus der Praxis: Grenzsicherheit aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit (Polizeivorhaben)“

Jahrelange bewaffnete Konflikte, schwache staatliche Institutionen und Rechtsunsicherheit prägen den Alltag der Bevölkerung in vielen Ländern Afrikas. Seit 2008 unterstützt die GIZ den (Wieder-) Aufbau von Polizeistrukturen im Einklang mit rechtstaatlichen Prinzipien. Ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit in Westafrika ist die Prävention grenzüberschreitender Kriminalität. Um illegale Migration zu verhindern,

Drogenschmuggel und Menschenhandel vorzubeugen, eventuell sogar Akteure mit terroristischen Absichten zu erkennen und zu fassen, müssen Grenzsicherheitskräfte verlässlich und effektiv arbeiten. Dabei muss jedoch eine Balance gefunden werden zwischen effektiver Kontrolle und fließendem Grenzverkehr; um ökonomische Austauschbeziehungen nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Reicht biometrische Identitätsbestimmung aus? Müssen robustere Formen der Kontrolle angewandt werden? Spielt die Zivilbevölkerung in einer Grenzregion eine wichtige Rolle oder stellt sie ein Risiko dar?

Die Situation der Bevölkerung in vielen Ländern Afrikas ist oftmals infolge jahrelanger bewaffneter Konflikte und der Schwäche der staatlichen Institutionen von Gewalt und Rechtsunsicherheit geprägt. Es liegt in der Verantwortung der Staaten, für die Sicherheit ihrer Bürger zu sorgen. Oft ist der Sicherheitssektor und insbesondere der Polizeiaparat den hiermit verbundenen Anforderungen jedoch nicht oder nur unzureichend gewachsen. Die Polizeiinstitutionen sind personell und materiell schlecht ausgestattet, die Polizei ist vielfach nicht ausreichend ausgebildet und korruptionsanfällig. Wenn dann noch grenzüberschreitende Problemlagen hinzukommen, sind Polizeiinstitutionen in Entwicklungsländern oft überfordert. Darüber hinaus sind Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien oft nur ungenügend in den Institutionen verankert. Die Bevölkerung nimmt die Polizei daher häufig weniger als Schutz denn als Bedrohung wahr. Die (Wieder-) Herstellung von Sicherheit und die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit bedarf in diesen Fällen der Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft.

Ziel des Polizeivorhabens Afrika ist es, die Polizeikräfte in ihrer Professionalität, Motivation und Effektivität zu unterstützen, damit sie so ihren Bürgern ein sicheres Umfeld gewährleisten können und gleichzeitig als gutes Beispiel für die Wahrung von Menschenrechten vorangehen. Hierbei stärkt das Vorhaben die Leistungsfähigkeit nationaler Polizeiinstitutionen, insbesondere in Postkonfliktländern, unterstützt zivile Sicherheitsinstitutionen bei der Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze für regionale Problemstellungen und stärkt die Polizeikomponenten der Afrikanischen Union (AU), ihrer regionalen Friedensbrigaden und AU-Friedensmissionen. Das Polizeivorhaben arbeitet direkt mit der AU Kommission, den jeweiligen Kommissionen der regionalen Friedensbrigaden, nationalen Polizeibehörden und Ministerien für Innere Sicherheit der Partnerländer zusammen. Zudem kooperiert das Vorhaben mit den Polizeimissionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen (UN) und koordiniert sich mit anderen internationalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Um dieses Ziel zu erreichen greift das Programm im Wesentlichen auf drei Hauptansätze zurück:

- Die Gestaltung und Beratung von strategischen und operativen Veränderungsprozessen innerhalb von Institutionen, Abteilungen oder einzelnen Einheiten von nationalen Polizeiinstitutionen.

- Die umfassende Unterstützung der professionellen Kapazitäten im Bereich Weiterbildung: Von der Erarbeitung eines strategischen Konzeptes einer Ausbildungseinrichtung bis hin zur Veranstaltung und Finanzierung von Trainingskursen.
- Die Durchführung von Ausstattungs- und Baumaßnahmen zur Schaffung einer Grundlage für effektive Polizeiarbeit und zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen.

Gemeinsam mit der Polizei in Niger, Mauretanien und Tschad konzentriert sich das Programm im Wesentlichen auf drei Interventionsbereiche: die Verbesserung des polizeilichen Grenzmanagements, die Stärkung kriminaltechnischer Kapazitäten und der Ausbau von Trainings- und Fortbildungsstrukturen. Dabei liegt ein Fokus auf der Schaffung von Kooperationsplattformen in den westafrikanischen Ländern, um Wissen und Informationen auszutauschen.

Beispiel Tschad

Nach jahrzehntelangen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Gruppen im Norden und christlichen Gruppen im Süden des Landes, stabilisiert sich die politische Lage im Tschad seit 2010. Infolge einer Destabilisierung in den Nachbarländern des Tschads bleibt die Sicherheitslage jedoch weiterhin angespannt. Die Bürgerkriege in Libyen, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik führten zu einem anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und deren Viehherden. Darüber hinaus stellen terroristische Organisationen wie Al-Qaida im Islamischen Maghreb und Boko Haram in Nigeria eine bedeutende Gefahr für die politische Stabilität und die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes dar.

Während die Sicherheitslage im Tschad durch neue und strengere Grenzanlagen, welche die Einfuhr von Gütern, Personen und Tieren kontrollieren, verbessert werden konnte, erhöht sich der Druck auf Sicherheitsinstitutionen durch neue Ressourcenkämpfe, die aufgrund anhaltender Flüchtlingsströme weiter zunehmen.

Die Polizei im Tschad ist nur sehr bedingt dazu in der Lage, ihren Pflichten in Bezug auf die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung nach zu kommen. Sie ist oftmals schlecht ausgestattet und nicht ausreichend ausgebildet. Polizeiliche Infrastruktur ist besonders in ländlichen Gebieten fast nicht vorhanden. Ziel des Programmes ist es daher, die nationale Polizei des Tschads in einem höheren Grad dazu zu befähigen, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Verbesserung der Grenzsicherheit ist ein zentraler Aspekt dieses Projekts. Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau einer neuen Grenzstation in N'Djamena werden im Einklang mit modernen Anforderungen des Grenzmanagements und unter Beachtung der Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten durchgeführt. Die gegenwärtigen Bauarbeiten an Tschads meist frequentiertem Grenzübergang ist eine wichtige Maß-

nahme, die dazu beiträgt, illegale grenzüberschreitende Aktivitäten von Schmugglern und terroristischen Organisationen (wie Boko Haram) besser zu kontrollieren. Die Baumaßnahmen werden von Grund- und Aufbau trainings im Grenzmanagement begleitet. Polizeibeamte werden in der Erkennung von gefälschten Dokumenten, Informationstechnologie, Verhaltensregeln sowie Englisch fortgebildet.

Beispiel Niger

Die Republik Niger ist geprägt von fragiler Staatlichkeit und der Binnenlage in einer der politisch volatilsten Regionen des afrikanischen Kontinents, was sich negativ auf Entwicklungspotenziale auswirkt. Vor allem im Sicherheitsbereich hat der westafrikanische Staat mit großen Herausforderungen zu kämpfen.

Einerseits sind die Konflikte zwischen dem nigrischen Staat und den für Autonomie kämpfenden Bevölkerungsgruppen, den Tuareg im Norden und den Toubou im Osten des Landes, weitgehend ungelöst. Andererseits lassen sich 5.700 Kilometer Außengrenze nicht angemessen sichern, sodass Niger zunehmend zum Transitland für Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika, aber auch für Waffen und Drogen geworden ist. Eine besondere Bedrohung für die Sicherheitsentwicklung sind in der Region operierende islamistische Terrororganisationen, wie Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), Ansar Dine in Mali oder die nigerianische Boko Haram. Die Konflikte in Libyen und Mali haben die Sicherheitslage zusätzlich verschärft.

Die nigrische Polizei ist diesen Herausforderungen kaum gewachsen und kann die Sicherheit der Bevölkerung landesweit nicht gewährleisten. Personelle und materielle Ausstattung sind unzureichend, was eine professionelle Polizeiarbeit erschwert.

Ziel des Polizeivorhabens ist es, dass die nationale Polizei Nigers ihren Aufgaben besser gewachsen ist, die Grenzen zu sichern und grenzüberschreitende Straftaten zu verfolgen. Das Projekt fügt sich dabei in die nationale Sicherheitsstrategie und die Sahel-Strategie der Europäischen Union ein. Projektmaßnahmen werden in enger Abstimmung mit internationalen Gebern in Niger geplant und durchgeführt.

Für die ordnungsgemäße Abwicklung des Grenzverkehrs werden, gemeinsam mit dem nationalen Partner, Polizeigrenzposten an der Grenze zu Nigeria gebaut. Zudem wird die zentrale Autowerkstatt der Polizei in der Hauptstadt Niamey wiederhergestellt. Die Maßnahmen werden durch Aus- und Fortbildung der Polizeikräfte speziell für grenzpolizeiliche Aufgaben begleitet.

Maßnahmen im Bereich Spurensicherung und Identitätsermittlung von Straftätern zielen auf den Aufbau von kriminaltechnischen Kompetenzen und Ressourcen ab, wobei die ordnungsgemäße Sicherung gerichtsverwertbarer Beweismittel eine an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichtete Beweisführung in den Strafverfahren ermöglichen soll.

Beispiel Mauretanien

Religiöse Radikalisierung, die wachsende Präsenz von Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) und die Krise im Nachbarland Mali haben in den letzten Jahren die Sicherheitslage in Mauretanien verschlechtert. Hinzu kommt die wachsende Belastung durch die große Zahl westafrikanischer Migranten. Die mauretanische Regierung hat großes Interesse an der Kontrolle der Wüsten- und Grenzregionen, die auch bedeutende Drogenschmuggel- und Menschenhandelsrouten sind. Die Polizei als wichtiges staatliches Exekutivorgan leidet jedoch unter personellen, operativen und strategischen Defiziten. Sie kann einen geregelten Grenzverkehr nur bedingt gewährleisten.

Das Polizeivorhaben arbeitet in Mauretanien eng mit anderen nationalen und internationalen Akteuren zusammen, damit sich Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit wechselseitig verstärken. Durch Beratung, Fortbildungsmaßnahmen und die Beschaffung von Sachmitteln stärkt das Vorhaben die Leistungsfähigkeit der nationalen Polizei Mauretaniens. Grenzsicherheitsmaßnahmen konzentrieren sich auf den Bau von Grenzstationen, die Ausstattung mit moderner Ausrüstung und die Durchführung von Trainings für die Grenzbeamten.

Fünf Grenzstationen sind inzwischen voll funktionsfähig: Eine Grenzstation wurde neu errichtet und zusammen mit vier weiteren Grenzstationen mit spezieller Ausrüstung etwa zur Personenkontrolle und -erfassung ausgestattet. Die dort eingesetzten Polizisten nahmen an IT-Kursen teil. Der Bau zweier weiterer Grenzstationen ist fast abgeschlossen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Zusammenarbeit bildet der Ausbau der Aus- und Fortbildung der Polizei. Die Generaldirektion für Nationale Sicherheit (DGSN) wird dabei unterstützt, ein umfassendes und professionelles Fortbildungssystem für Grenzpolizisten zu entwickeln, einzurichten und zu koordinieren. In Nouakchott und anderen ausgewählten Regionen werden die kriminaltechnischen Polizeieinheiten durch Beratung, Fortbildungsmaßnahmen und die Ausstattung mit Arbeitsmaterialien dazu befähigt, ihre Aufgaben effektiver und effizienter auszuführen und ihre Arbeit an internationale Standards anzupassen.

2013 wurde eine nationale Polizeitrainingsstrategie entwickelt, die seitdem von der DGSN in Kooperation mit ihren internationalen Partnern umgesetzt wird. 22 Trainingsmodule für Kriminalpolizei und Grenzpolizei wurden erstellt. DGSN und die GIZ haben gemeinsam einen Trainingsplan für Grenzpolizisten entwickelt und Trainer ausgebildet. Ein Pool von acht Trainern steht nun zur Verfügung. Sie werden Fortbildungen für Grenzpolizisten durchführen und die Kompetenzprofile von mehr als 300 Grenzpolizisten sammeln.

Die für die Weiterbildung der Polizisten und die Sanierung der Polizeischule verantwortliche Abteilung wurde durch Fortbildungsmaßnahmen und die Bereitstellung von Ausrüstung unterstützt.

Themenbox III: „Tools und Methoden in der globalen Jugendgewaltprävention“

Jugendgewalt und die Konsequenzen sozialer Gewaltphänomene bedrohen die nachhaltige Entwicklung vieler Länder und werden zunehmend als Herausforderungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit betrachtet. Hohe Gewaltbereitschaft von Jugendlichen ist ein komplexes Phänomen, das vielschichtiger und sektorenübergreifender Lösungsansätze bedarf. Wirksame Strategien in der Prävention von Jugendgewalt folgen daher systemischen Ansätzen, die Akteure aus verschiedenen Fachbereichen zusammenbringen. Ziel ist es, gemeinsam an den kontextspezifischen Ursachen von Jugendgewalt zu arbeiten.

Systemische Ansätze der Jugendgewaltprävention erfordern praktische Tools und Methoden zur Einbeziehung lokaler Akteure sowie der Bürger, in deren Gemeinden gewaltpräventive Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Die GIZ erarbeitet und nutzt Hilfestellungen zur Planung und Durchführung von Maßnahmen systemischer Gewaltprävention in vielfältigen Formen und Kontexten. Nachfolgend sollen Erfahrungen aus Zentralamerika und Südafrika beispielhaft dargestellt werden. Dabei werden ein Mediationsprogramm an Schulen sowie Ansätze zur Jugendgewaltprävention aus Südafrika beispielhaft vorgestellt.

In den letzten Jahren hat die GIZ intensiv ihre Erfahrungen mit Ansätzen der Jugendgewaltprävention aufgearbeitet und einen Leitfaden zur Planung von Maßnahmen der Jugendgewaltprävention entwickelt. Der Leitfaden unterstützt die Planung auf Basis der Analyse des spezifischen Kontextes und führt Schritt für Schritt durch einen partizipativen Datenerhebungs-, Analyse- und Planungsprozess. Sein Anspruch ist, die Komplexität von Jugendgewalt greifbar und bearbeitbar zu machen und er bewegt sich in einem klaren konzeptionellen Rahmen, mit dem auch Wirkungszusammenhänge beschreibbar werden. Dabei unterstützt der methodische Ansatz Bürgerbeteiligung und sektorübergreifende Kooperation als Basis wirkungsvoller Prävention und strebt Perspektivwechsel bei allen Beteiligten an. In seinem Hauptteil stellt der Leitfaden die folgenden Prozesse in den Vordergrund: die kontextspezifische, partizipative und gendersensible Analyse von Ursachen, Umfang und Auswirkungen von Jugendgewalt sowie die Planung von maßgeschneiderten Präventionsmaßnahmen. Hierfür hält der Leitfaden zwei unterschiedlich ausgerichtete Workshopkonzepte bereit, die konkrete Methoden und Übungen vorsehen. Zudem bietet er eine Auswahl an erprobten Ansätzen und Methoden zur Jugendgewaltprävention als Anregung für mögliche Aktivitäten der Präventionsmaßnahmen. Schließlich enthält er eine Auswahl an praktischen Tipps und handlungsorientierten Planungshilfen für die Anwendung des Leitfadens⁴.

Im Rahmen des bereits weiter oben beschriebenen Vorhabens zur Prävention von Jugendgewalt in Zentralamerika (PREVENIR) wird der als *Miles de Manos* bezeichnete

⁴ Der Leitfaden kann eingesehen und heruntergeladen werden unter: <http://epflicht.ulb.uni-bonn.de/content/titleinfo/196880>.

systemische und intersektorale Ansatz zur Verbesserung des friedlichen Zusammenlebens in Familie und Schulen implementiert. Die Methode *Miles de Manos* (deutsch: Tausende von Händen) stärkt die pädagogischen und kommunikativen Kompetenzen von Lehrkräften und Eltern sowie deren Zusammenarbeit zugunsten der Schulkinder. Innovative Trainingseinheiten mit mehreren aufeinander aufbauenden Treffen und Veranstaltungen helfen den Erwachsenen dabei, ihre Rolle als Schlüsselpersonen für Kinder und Jugendliche besser wahrzunehmen.

Akteure auf nationaler Ebene sind Entscheidungsträger im Bildungsministerium, Institutionen der Lehreraus- und -fortbildung, Universitäten sowie nichtstaatliche Organisationen im Bildungsbereich. Auf Ebene von Provinzen und Distrikten werden Angestellte der Bildungsministerien und lokaler Nichtregierungsorganisationen zu Multiplikator/innen ausgebildet. Das Trainingsprogramm selbst richtet sich an Lehrpersonal und Eltern. Der Ansatz zielt darauf ab, dass Lehrkräfte und Eltern respektvoll, verantwortungsvoll, konstruktiv, demokratisch und gewaltfrei mit Kindern und Jugendlichen umgehen. Dazu gehört sowohl das kritische Hinterfragen traditioneller autoritärer Erziehungsmethoden wie auch das bewusstere Einnehmen ihrer Rolle als zentrale Bezugspersonen und das Grenzen setzen.

Miles de Manos stützt sich auf verschiedene erzieherische Präventionsmodelle, die wissenschaftlich nachgewiesen haben, dass sie das Risikoverhalten bei Kindern und Jugendlichen reduzieren. Diese Modelle wurden ausgewertet, zusammengeführt und an die lokalen Kontextbedingungen in vier Ländern Zentralamerikas angepasst. Es wurden Nationale Begleitkomitees mit zentralen Akteuren aus dem Bildungssektor gebildet, die das pädagogische Angebot begleiteten, Feedback gaben und dessen Aufnahme in die nationalen Lehrerfortbildungs- und Schulcurricula vorbereiteten. Und schließlich wurden drei spezifische Trainingsmodule für Eltern, Lehrkräfte und gemischte (Eltern-Lehrer/innen) Gruppen entwickelt.

Im Anschluss wurden *Miles de Manos*-Trainer/innen ausgebildet und die Durchführung der Trainingsmodule in ausgewählten Pilotschulen begleitet. Die mehrstufige Umsetzung von *Miles de Manos* an Pilotschulen in unterschiedlichen Ländern und die Evaluierung der Wirkungen ermöglichte eine kontinuierliche Feinjustierung des Ansatzes. Die Erfahrungen wurden auf Schulnetzwerke und neue Schulen übertragen und flossen in eine Upscaling-Strategie ein.

Die *Miles de Manos*-Treffen werden von Trainer/innen geleitet, deren vornehmliche Aufgabe es ist, eine vertrauensvolle und kooperative Atmosphäre zu schaffen: Die Teilnehmenden sollen sich frei fühlen, auch unangenehme Erfahrungen in der Kindeserziehung anzusprechen und gemeinsam zu analysieren. Die Methoden, die sie erlernen, unterstützen sie dabei, ihre Erwartungen an die Kinder klar zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wird ihnen vermittelt, wie sie erwünschtes Verhalten bei Kindern verstärken, Grenzen setzen und Konsequenzen für nicht erwünschtes Verhalten fest-

legen können. Die Treffen bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Rolle als Eltern und Lehrkräfte zu reflektieren und neue Formen des Umgangs mit Kindern auszuprobieren, zum Beispiel im Rollenspiel. Am Ende eines der Treffen formulierte es ein Lehrer so: „Nach und nach haben wir aus verschiedenen Beispielen und Erfahrungen gelernt. Ich habe meine Stärken und Schwächen erkannt. Wir sollten die ‚Kultur des Neins‘ aus unserem Denken entfernen und das Positive in die Praxis umsetzen.“

In den Reflektionen und Diskussionen, die in den Miles de Manos-Treffen angestoßen werden, wird vielen Eltern und Lehrkräften erstmals bewusst, dass sie in einer gewaltbelasteten Gesellschaft für Heranwachsende potentielle Schutzfaktoren darstellen. Gleichzeitig bekommen sie praktisch anwendbare Werkzeuge an die Hand, um dieser Aufgabe besser gerecht werden zu können. Durch das Einüben der neuen Techniken, zuerst in der Gruppe und danach als „Hausaufgabe“ (die in dem darauf folgenden Treffen ausgewertet wird), wird ein direkter Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmer/innen hergestellt.

Erste Evaluierungsergebnisse deuten darauf hin, dass Kinder, deren Eltern und Lehrkräfte, die am *Miles de Manos*-Programm teilgenommen haben, verringertes antisoziales oder aggressives Verhalten aufzeigen, welches als Vorläufer von Jugendgewalt angesehen wird. Dies wird durch Untersuchungen zur Wirkungen von Präventionsmodellen untermauert, die für die Erstellung von *Miles de Manos* herangezogen wurden. Studien zur Methode PBS (*Positive Behaviour Support*), die derzeit in knapp 3.000 Schulen in 34 US-Bundesstaaten eingesetzt wird, belegen beispielsweise einen 20% bis 60%-igen Rückgang der schulischen Disziplinarverweise, eine verbesserte Wahrnehmung der Schulsicherheit durch die Schulkinder sowie einen Rückgang der Zahlen der Schulkinder, die außerschulische Unterstützung benötigen.

Darüber hinaus fördert das Vorhaben die Verbindungen zwischen Eltern und Lehrern, die an *Miles de Manos* teilnehmen mit Gemeindepräventionsräten und Schulnetzwerken, um die Verbreitung und Vernetzung des Ansatzes zu stärken.

Auch das oben beschriebene Programm für Gewaltprävention in Südafrika bezieht insbesondere Jugendliche in seine Ansätze und Aktivitäten ein. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass junge Menschen weltweit überproportional häufig Gewalttäter, aber auch Hauptopfer von Gewalt sind. Für erfolgreiche Gewaltprävention ist daher die Stärkung von Jugendlichen unerlässlich. Dies ist besonders in Südafrika von hoher Bedeutung, wo das landesweite Durchschnittsalter bei 25 Jahren liegt. Die Mehrheit der jungen Menschen will einen positiven Beitrag zum Leben in ihren Nachbarschaften und zur Entwicklung des Landes leisten. Oft fehlen jedoch Angebote und Möglichkeiten, die Potenziale Jugendlicher ausreichend zu fördern. Hier arbeitet das Vorhaben durch jugendsensible Maßnahmen an ihrem sozialen Engagement, was sich nicht nur positiv auf den sozialen Zusammenhalt in den Gemeinden auswirkt und das besondere Potenzial Jugendlicher in der nachhaltigen Umsetzung gewaltpräven-

tiver Maßnahmen ausschöpft, sondern auch Zukunftsperspektiven eröffnet und die Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen stärkt.

Eine dieser Maßnahmen, die die GIZ unterstützt, ist das Projekt „Youth for Safer Communities“. Diese Intervention setzt die GIZ gemeinsam mit einer lokalen Nichtregierungsorganisation (Masifunde) in Port Elizabeth/Nelson Mandela Bay um. Im Rahmen der Intervention haben sogenannte „peer educators“, die Teil der Jugendgruppen der lokalen NGO sind, ein Workshopkonzept entwickelt und setzen dies an Schulen in ganz Nelson Mandela Bay um. Während der Workshops werden gemeinsam mit den Schülern jeweils Ideen für die Schaffung von mehr Sicherheit in ihren jeweiligen Gemeindevierteln entworfen und ausgewählte Projektideen anschließend implementiert. Insgesamt wurden so Workshops an 40 Schulen gehalten und mehr als 4.000 Jugendliche direkt erreicht.

Im Vorfeld der Workshops verschafften sich die „peer educators“ einen Überblick über die Gewaltkriminalität in den jeweiligen Vierteln im Rahmen von Interviews und Besichtigungen. Die Jugendlichen erfragten relevante Informationen bei der Polizei, Gemeindevertretern und Bewohnern. Diese Informationen und ihre eigenen Erfahrungen diskutieren sie dann gepaart mit Konzepten zur Gewaltprävention und der besonderen Rolle von Jugendlichen an den jeweiligen Schulen der Stadt an der Ostküste Südafrikas. Neben einem interaktiven Workshopteil nutzen die jugendlichen „peer educators“ unterschiedliche Medien, um die Schüler zu erreichen. So haben sie einen Song geschrieben und aufgenommen, eine Dokumentation über sogenannte „local heroes“ für mehr Sicherheit in ihrem Stadtteil, dem Walmer Township, gedreht und mehrere Sonderhefte ihrer Zeitung „Walmer’s Own“ zum Thema „Sichere Nachbarschaften“ herausgegeben. Diese Medien führen nun zu einer weiteren Verbreitung des gesammelten Wissens.

Herausragend ist dabei, dass die Jugendlichen die Workshops an ganz unterschiedlichen Schulen - und damit sozialen Kontexten - geben. Dadurch werden die Grenzen und Polaritäten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen überschritten und der soziale Zusammenhalt gestärkt. Das Projekt ist auch in dem Sinne einmalig, als dass es von Jugendlichen für Jugendliche geplant und durchgeführt wird. Um andere Nichtregierungsorganisationen für ähnliche Maßnahmen zu begeistern, bereiten die GIZ und Masifunde Unterstützungsmechanismen für eine Replikation des Ansatzes vor.

Auch in Timor-Leste unterstützt die GIZ Maßnahmen der Jugendförderung und Jugendgewaltprävention. Timor-Leste ist ein Postkonfliktland mit einer fragilen Staatlichkeit. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. Hohe Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten sowie unzureichende Bildungsperspektiven im formalen und non-formalen Bereich bieten Jugendlichen wenig Aussicht auf sozialen Aufstieg. Die Konfrontation mit Gewalt im öffentli-

chen Raum sowie persönliche Gewalterfahrungen in Familie und Schule erhöhen die Gewaltbereitschaft. Die institutionellen Strukturen der Jugendarbeit sind schwach verankert und wenig vernetzt; die Akteure der Jugendförderung fachlich nur kaum qualifiziert: Entsprechende Studiengänge oder Fortbildungen sind in Timor-Leste bisher kaum verfügbar. National wie dezentral gibt es kaum etablierte Koordinierungsmechanismen, um die Jugendarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen erfolgreich aufeinander abzustimmen. Die Voraussetzungen für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung von Jugendlichen sind wenig ausgeprägt, entsprechende Maßnahmen gibt es nur wenige.

Gemeinsam mit den Durchführungspartnern des „Staatssekretariats für Jugend und Sport“ (SSYS) sowie der „Antikorruptionsbehörde“ (CAC) qualifiziert das Projekt staatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Jugendförderung, um Jugendliche in ihrem Lebensalltag zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu befähigen. Das Vorhaben wendet sich an weibliche und männliche Jugendliche im Alter zwischen 16 und 30 Jahren im ländlichen und städtischen Raum. Mädchen und jungen Frauen gilt dabei besonderes Augenmerk, um zu gewährleisten, dass sie ebenso von den Maßnahmen profitieren wie ihre männlichen Altersgenossen.

Methodisch folgt das Vorhaben einem Mehrebenenansatz. Zum einen umfasst es Maßnahmen zur Ausweitung der Leistungsfähigkeit für staatliche und nichtstaatliche Partner. Zum anderen beinhaltet es Förderungsmaßnahmen für Jugendliche, die über Finanzierungen für Organisationen und lokale Initiativen ermöglicht werden. Dazu werden in vier Distrikten des Landes Maßnahmen der Jugendförderung, die im Rahmen von Netzwerken im Jugendbereich vereinbart werden, von den Akteuren pilothaft umgesetzt und für eine spätere Verbreitung ausgewertet und aufbereitet.

Das aktuelle Projekt des Friedensfonds baut auf dem Vorgängerprojekt (2008–2013) auf. Mehr als 40.000 timorische Jugendliche sind dabei mit friedensfördernden Projekten und Fortbildungen erreicht worden, über 40 % davon waren junge Frauen. Über 90 % von 4.000 befragten Teilnehmern gaben an, dass die jeweiligen Maßnahmen erkennbar zu Frieden fördernden Effekten in ihrer Gemeinde beigetragen haben. Das derzeitige Projekt führt nun verstärkt Maßnahmen durch, um die Leistungsfähigkeit und die Kompetenzen staatlicher und nichtstaatlicher Partner (Nicht-Regierungsorganisationen) im Jugendsektor weiter auszubauen (Capacity Development). Zudem werden lokale Initiativen für Jugendliche durch Finanzierungen von Organisationen gezielt gefördert. Vor allem in den ländlichen Distrikten von Ermera, Aileu, Manatuto und Baucau führen die beteiligten Akteure die Planung von Jugendfördermaßnahmen in Netzwerken zusammen. Ausgehend von ausgewählten Jugendzentren werden die Maßnahmen dann modellhaft umgesetzt.

Vortrag: „Aus der Praxis: Gewaltprävention und (soziale) Medien - Erfolgreiche Beispiele aus Lateinamerika, Südafrika und Timor-Leste“

In Afrika, Asien und Lateinamerika unterstützt die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Förderung der Bundesregierung und anderer Geber Maßnahmen zur Prävention von Gewalt in vielfältigen Formen und gegen unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen.

An Beispielen aus Südafrika, Lateinamerika und Timor-Leste werden die Vielschichtigkeit des Gewaltproblems, die verschiedenen Ansätze und Mittel zur Prävention durch den Einsatz von modernen Kommunikationsmitteln sowie die Allianzen mit staatlichen und privaten Partnern in der Gewaltprävention vorgestellt.

Mit Hilfe der sogenannten „neuen Medien“ wie Internet, Smartphone Apps oder YouTube Videos können nicht nur neue, häufig jüngere Zielgruppen erreicht, sondern auch Informationen und Botschaften zu relevanten Themen im Bereich Gewalt und Konflikte zu überschaubaren Kosten permanent verfügbar gestellt werden. So ist beispielsweise der Kurzfilm zum Plakat im Dorfladen oder zur letzten Aufführung der Theatergruppe für Interessierte jederzeit auf YouTube abrufbar. Und über Apps und Rollenspiele wird versucht, Werte zu beeinflussen und friedliches Zusammenleben zum „Kult“ zu machen. Die Beobachtungen von Facebook-Kommentaren zu Gewalttaten lassen einen Einblick in gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz zu und die Vernetzung der Nutzer/innen kann im besten Fall Verhaltensmuster positiv beeinflussen. Eine weitere Dimension der Nutzung von Internet und Smartphones ist die Verfügbarmachung von Informationen zu Gewalt und Konflikten in „real time“. Verbrechen und Gewalt sowie den Verkehrsfunk von öffentlicher Seite aus in Echtzeit online zu stellen, mag zwar für Menschen in Deutschland eine abwegige Vorstellung sein, aber in Ländern mit hoher Gewaltrate sind solche Überlegungen nicht fremd.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist in der Andenregion und Paraguay noch immer weit verbreitet. Das bereits oben erwähnte Regionalvorhaben ComVo-Mujer nutzt bei der Arbeit mehrere Strategien. Durch Kampagnen, Medienbeteiligung, Studien und Informationen werden soziokulturelle Denk- und Verhaltensmuster beeinflusst, die Gewalt gegen Frauen und die gesellschaftliche Ungleichheit der Geschlechter legitimieren. Verschiedene staatliche, nicht-staatliche und privatwirtschaftliche Akteure werden bei der Umsetzung von präventiven Ansätzen unterstützt und durch zielgruppenorientierte, partizipative Bearbeitung des Themas geschult.

So versucht zum Beispiel die Kampagne in sozialen Medien: “Ich bin Katjas Hand” anhand des Schicksals von Katja Cabezas aus Ecuador, der beim Versuch ihres Partners sie umzubringen eine Hand abgehackt wurde, auf das Problem der Frauenmorde aufmerksam zu machen⁵.

⁵ Facebook-Link: <https://www.facebook.com/Yo-soy-la-mano-de-Katia-799795253442470/timeline/>.

Bei Gewalt an Frauen in Paarbeziehungen handelt es sich um die Form der Gewalt, welche die höchsten Kosten verursacht. Betroffen sind insbesondere junge Frauen zwischen 13 und 20 Jahren. Die Kosten jeglicher Art von Gewalt für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stellen einen Anteil des weltweiten BIP von 11,16% dar. Auch wenn die meisten Unternehmen bislang Partnergewalt an Frauen als privates Thema betrachten, für welches sie nicht zuständig sind und welches sie nicht betrifft, findet hier Schritt für Schritt eine Wende statt. Immer mehr Firmen sind sich über die diversen Auswirkungen von Gewalt an Frauen auf ihr Unternehmen bewusst und haben entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Vermehrt zielen Unternehmen mit ihrer Arbeit zu Gewaltprävention auf ein jüngeres Publikum. Zum einen, da sie, wie auch deutsche Unternehmen, für neue junge Mitarbeiter/innen attraktiv sein möchten, sowie auch um neue, vor allem junge Kunden und Kundinnen zu gewinnen, welche an sozialen Themen interessierter sind.

Gerade Unternehmen haben durch ihre Expertise in der Nutzung sozialer Netzwerke ein großes Potential durch breit angelegte Präventionsmaßnahmen und -kampagnen viele Menschen und vor allem ein junges Publikum zu erreichen. Dieses Potential wird in Südamerika bereits intensiv genutzt, kann aber auch dort, sowie in Deutschland, noch ausgeweitet werden. Über moderne soziale sowie auch klassische Medien treten Unternehmen an ihr Klientel heran, indem sie zum Beispiel ihr Kerngeschäft mit Botschaften gegen Gewalt an Frauen verknüpfen oder Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen motivieren, innerhalb und außerhalb des Unternehmens eine Kultur der „Null Toleranz gegenüber Gewalt an Frauen“ zu kreieren. Dafür nutzen sie unter anderem Werbeclips, Facebookauftritte, Smartphone-Applikationen und interne Informationsnetzwerke. Diese Maßnahmen und Produkte können einfach an unterschiedliche Kontexte angepasst und überall, auch in Deutschland, erfolgreich implementiert werden.

ComVoMujer berät die Unternehmen bei der Entwicklung von Kampagnen und Produkten unter anderem im Bereich Social Media. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit mit der ecuadorianischen Telefongesellschaft CNT mit der eine Applikation für Smartphones entwickelt wurde. Diese informiert ein breites Publikum nicht nur über die Formen von Gewalt an Frauen, sondern bietet den Nutzerinnen und Nutzern auch die Möglichkeit, schnell Hilfe zu suchen und zu finden. Diese Hilfe kann über einen direkt zu erreichenden Notruf mittels der Applikation rückschlussfrei angefordert werden. Alternativ können auch Vertrauenspersonen schnell mittels spezifischer Textnachrichten (SMS) kontaktiert werden⁶.

⁶ siehe Beispiele unter <https://play.google.com/store/apps/details?id=com.artech.appinfoemp.informativo> und https://www.youtube.com/watch?v=V90LwkJ_P3o

Ein weiteres Beispiel ist die Zusammenarbeit mit dem Pharmaunternehmen Bagó bei der Erstellung von Videos⁷. Außerdem wurde mit Unternehmen aufgrund deren Nachfrage eine Online-Zertifizierung entwickelt⁸.

Ebenso nutzt ComVoMujer selbst intensiv soziale Medien, um zu informieren und zu mobilisieren. Über Facebook werden Publikationen und Informationen über anstehende Events –eigene und der Partner – verbreitet. Der Blog bietet die Möglichkeit spezifische Themen nicht nur mit Lesern und Leserinnen zu diskutieren, sondern diese auch einzuladen selbst Texte zu verfassen⁹.

Auch das oben beschriebene Vorhaben in Timor-Leste bedient sich innovativer Kommunikationsmittel, um Botschaften gewaltfreier Kommunikation zu vermitteln. So erzielte beispielsweise die landesweite Filmkampagne „Superwoman for Peace“ nach Jahrzehnten der Gewalt starke Resonanz in der Gesellschaft. In den Filmen werden jungen Leuten Wege zur gewaltfreien Konfliktlösung aufgezeigt. Flankiert wird dieses Medium durch sogenannte „road shows“, mit der die Schauspieler die Filme auch in den Provinzdistrikten zeigen und mit Jugendlichen diskutieren. Auf diese Weise wurden vor Ort über 10.000 junge Menschen im städtischen und ländlichen Umfeld erreicht. Aus einem Interview mit der Hauptdarstellerin: „Es passiert immer öfter, dass mich Menschen auf der Straße erkennen. Die Kinder rufen mir ‚Superwoman‘ oder den Leitspruch unserer Filme nach: ‚Pack das Problem an, nicht die Leute!‘ Das ist einzigartig. Ich merke, dass die Menschen nicht nur mich erkennen, sondern auch die Inhalte verstehen.“

Das Programm für Gewaltprävention in Südafrika bedient sich eingängiger Sketching-Videos zur Darstellung der Herausforderungen für Gewaltprävention und der eigenen Ansätze¹⁰. Über YouTube oder die weiter oben erwähnte Plattform für Gewaltprävention in Südafrika (www.saferpaces.org.za) finden diese Videos weite Verbreitung und Anerkennung. Zudem nutzt die Plattform Safer Spaces weitere interaktive Methoden, um den Austausch und die öffentliche Diskussion zu Themen der Gewaltprävention zu fördern. Dazu gehören Blogs, umfangreiche Sammlungen von Ressourcen und weiterführenden Links sowie Kontakt zu einer wachsenden Community von Praktikern der Gewaltprävention.

In vielfältiger Form trägt die GIZ dazu bei, Gewaltpotenziale zu verringern und Gewalt in verschiedenen Ausprägungen vorzubeugen. Unterschiedliche Kontexte erfordern angepasste, systemische und intersektorale Lösungen. Die Herausforderungen werden in Zukunft aufgrund von zunehmender Urbanisierung und Migrationsströ-

⁷ Beispiel: <https://www.youtube.com/watch?v=2bme5AbBVZU>; <https://www.youtube.com/watch?v=nzSragAgCE8>

⁸ Beispiel: <http://www.empresasegura.org/>; <https://www.youtube.com/watch?v=o8wNBCAiYc4>

⁹ YouTube: Canal Libre de Violencia; bloqueandolavcm.org; Twitter: @ComVoMujer

¹⁰ Beispiel: <https://www.youtube.com/watch?v=IEfxOFiHXzE>

men, verknappenden Ressourcen und wachsender Vernetzung grenzüberschreitender, organisierter Kriminalität noch zunehmen, aber verschiedene Erfahrungen und positive Beispiele zeigen, dass Gewalt durch Prävention reduziert werden kann. Es ist davon auszugehen, dass das Thema auch weiterhin von hoher Relevanz bleibt: Die erst kürzlich auf der UN-Vollversammlung Ende September 2015 verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ bieten dafür vielfältige Anknüpfungspunkte, auch in Zukunft aus unterschiedlichen Blickwinkeln gewaltpräventive Ansätze in Entwicklungsländern genauso wie auch in Deutschland umzusetzen. Dabei ist zum einen selbstverständlich das Ziel 16 für Frieden und Gerechtigkeit handlungsleitend, aber auch Unterziele der Ziele 1 (Armutsminderung), 3 (Gesundheit), 4 (qualitative Bildung), 5 (Gendergerechtigkeit), 10 (weniger Ungleichheit) und 11 (nachhaltige Städte und Gemeinden) stehen in direktem Zusammenhang zu Gewaltprävention – und zeugen von dem Bemühen der internationalen Gebergemeinschaft, die vielfältigen Facetten von Gewalt weiter aktiv und präventiv zu bearbeiten.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 20. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Frankfurter Erklärung 5

Erich Marks / Karla Marks
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 20. Deutschen Präventionstages 11

Erich Marks
Zur Eröffnung des 20. Deutschen Präventionstages in Frankfurt am Main 43

Stephan L. Thomsen
Gutachten für den 20. Deutschen Präventionstag:
Kosten und Nutzen von Prävention in der Ökonomischen Analyse 51

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 20. Deutschen Präventionstages 125

Erich Marks / Karla Marks
20 Jahre Deutscher Präventionstag in Zahlen 173

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Britta Bannenberg/Carina Agel/Nathalie Preisser/Felix Diehl/Gisela Mayer
Beratungsnetzwerk Amokprävention: Ein wissenschaftbasiertes
Beratungsangebot zur Amokprävention 183

Kerstin Bunte/Shérif Wouloh Korodowou
Mobbingprävention und -intervention - der No Blame Approach
und seine Verankerung in Schule 193

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Ansätze der Gewaltprävention in der Internationalen
Entwicklungszusammenarbeit 207

Gregor Dietz
Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus 231

Dagmar Freudenberg
Opferschutz rechnet sich?! 235

Frank Goldberg
Wie nachhaltige Kriminalpräventionn Wirkung zeigt 245

<i>Thomas Görgen/Barbara Nägele/Sandra Kotlenga</i> Sicherheitsbezogenes Erleben und Handeln im Alter: Perspektiven für die Prävention	261
<i>Jerome Gravenstein</i> Das Nicht-Kampf-Prinzip und der Zweikampf	277
<i>Martin Hafen</i> Frühe Förderung als präventive Investition“	293
<i>Heidrun Hassel / Fatih Ekinci</i> Projekt „Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch“	307
<i>Thomas Hestermann</i> Der Gruseleffekt: Wie Gewaltberichte des Fernsehens unsere Weltsicht beeinflussen	309
<i>Viktoria Jerke / Julia Christiani</i> Kriminalprävention braucht Öffentlichkeit	337
<i>Michael Koch</i> Gewaltprävention an Schulen als Entwicklungsprojekt	347
<i>Karsten Lauber / Kurt Mühler</i> Prävention gegen Wohnungseinbruch als kommunales Experiment	365
<i>Thomas Mücke</i> Deradikalisierung/Disengagement gestalten	381
<i>Getraud Selig</i> Gewalt im Leben älterer Menschen in Ludwigsburg – Modul: Sicherheit im Alter - Projekt „Alt trifft Jung – Jung trifft Alt“	395
<i>Christian Specht</i> Zuwanderung aus den EU-2 Staaten Südosteuropas	399
<i>Christamaria Weber</i> Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus: Jugendliche schützen – Eltern und Fachkräfte stärken und unterstützen	407
<i>Karin Wunder</i> Gemobbt im Web? Was Erziehende wissen müssen und warum Online-Hilfe durch Gleichaltrige wichtig ist	415
III Autoren	421